

Für Frieden und Abrüstung*

ver.di setzt sich für die Einhaltung und Verwirklichung der Menschenrechte ein, wie sie in der Deklaration der Vereinten Nationen niedergelegt sind. Die Würde des Menschen, ein Leben frei von Armut und Not in einer gerechten sozialen Ordnung, Demokratie und Freiheit sind für eine nachhaltige Sicherung des Friedens unabdingbar. Krieg als Mittel der Politik lehnt ver.di grundsätzlich ab.

ver.di unterstützt alle Bemühungen der internationalen Staatengemeinschaft und ihrer zahlreichen Organisationen, von Regierungen wie Nichtregierungsorganisationen diese Ziele weltweit zu verwirklichen.

Diese Ziele und Werte allein sind die Maßstäbe, an denen von Gewerkschaften das Handeln der internationalen Staatengemeinschaft, von Staatengemeinschaften wie der EU, von Militärbündnissen wie auch der NATO, besonders aber das Handeln der Nationalstaaten, wie nichtstaatlicher Bewegungen und Organisationen, zu messen sind.

ver.di steht zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und damit zu den darin verankerten Aufgaben der Streitkräfte: "als Verteidigungsarmee", dem Verbot der Vorbereitung eines Angriffskrieges und zur Kriegswaffenkontrolle.

"Krieg darf kein Mittel der Politik sein! Alle Konflikte zwischen den Staaten müssen auf dem Wege der Verhandlung gelöst werden. Dies muss die Leitschnur deutscher Außenpolitik sein. Darin liegt die gewachsene Verantwortung Deutschlands."

In ver.di organisieren sich Beschäftigte, die auf vielfältige Weise beruflich sicherheits- und friedenspolitische Interessen wahrnehmen – von Nichtregierungsorganisationen über Beschäftigte in Ministerien, Parteien, politischen Stiftungen, Wohlfahrtsverbänden, Forschungseinrichtungen, und genauso auch Zivilbeschäftigte und Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr. Mit ihnen engagiert sich ver.di für ihre wirtschaftlichen, sozialen und beruflichen Interessen, für eine Mitbestimmung und Mitgestaltung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen. Mit ihnen engagiert sich ver.di für eine gerechte Weltordnung, für einen gewaltfreien und fairen Austausch unterschiedlicher Interessen, und für die Herstellung und Sicherung des Friedens in Krisenregionen auf der Grundlage von UN-Beschlüssen.

Viele Krisen und gewaltsame Konflikte resultieren aus krasser sozialer Ungleichheit, auch im Kampf um Lebenschancen und um natürliche Ressourcen. Der Klimawandel wirkt dabei als Risikomultiplikator und Konflikttreiber. Ethnische und religiöse Konflikte verbinden sich mit sozialen Auseinandersetzungen und verschärfen diese.

* Beschluss des 5. ver.di-Bundeskongress (27. September 2019)

ver.di Engagement ist vor allem darauf gerichtet, zu sozialer Gerechtigkeit, fairem sozialen Ausgleich und der Respektierung elementarer sozialer Rechte beizutragen, um so Konflikte zu entschärfen und Frieden beständiger zu machen.

Befeuert werden die zahlreichen kriegerischen Auseinandersetzungen durch die Überschwemmung der Welt mit Waffen und Waffensystemen. Während es der fast grenzenlose Export von Waffen aller Art selbst wirtschaftlich schwachen Staaten und paramilitärischen Gruppen ermöglicht, gewaltsame Konflikte über lange Zeit zu führen und eine Demilitarisierung durch Entwaffnung dadurch erheblich behindert wird, rüsten auch wirtschaftlich entwickeltere Nationen seit einigen Jahren wieder auf. Darüber hinaus hat sich die NATO zum Ziel gesetzt, dass bei allen Bündnispartner*innen die Verteidigungsausgaben mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts betragen sollen. Das betrifft auch Deutschland und würde hier nahezu eine Verdopplung des Verteidigungshaushaltes bedeuten - mit entsprechenden Kürzungsfolgen für andere Etats wie in der Entwicklungszusammenarbeit oder im Bereich Soziales. ver.di lehnt diese Zielsetzung ab.

ver.di setzt sich dafür ein, dass das 2%-Ziel der NATO nicht umgesetzt wird und spricht sich gegen weitere Erhöhungen des Verteidigungshaushaltes aus.

ver.di hält die Vorstellung, dass Frieden und Sicherheit durch mehr und überlegenere Waffen gesichert werden könne, für grundlegend falsch. Deshalb engagiert sich ver.di in gesellschaftlichen Bündnissen für Abrüstung, wie dem Aufruf „Abrüsten statt aufrüsten“, und für die Verhinderung von Rüstungsexporten, wie bei der Unterstützung der Initiative von Amnesty International und anderen für weltweite Waffenhandelsabkommen und Kontrollverträge.

Die Notwendigkeit der Abrüstung schließt auch die Abrüstung von Atomwaffen sowie aller anderen Massenvernichtungswaffen und die Ratifizierung und Beachtung des Vertrages zur Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen - Atomwaffensperrvertrag - durch alle Staaten ein. Daher setzt sich ver.di dafür ein, dass die Bundesregierung den UNO-Vertrag über das Verbot von Atomwaffen unterzeichnet, wie das schon etwa 130 Staaten getan haben.

"Die Kündigung des INF-Vertrages und das Auslaufen des New START-Vertrages machen jedoch deutlich, dass zusätzliche Schritte zur Abwendung der Gefahr eines Atomkrieges notwendig sind. ver.di unterstützt deshalb ausdrücklich die weltweite ICAN-Initiative zur Ächtung und zum Verbot aller Atomwaffen durch die UNO, der bereits 130 Staaten zugestimmt haben. Auch die deutsche Bundesregierung muss das Verbot unterzeichnen und den Abzug der US-Atomwaffen, die immer noch in Deutschland lagern, veranlassen."

Militärische Aufrüstung und entsprechende Forschung, Entwicklung und Finanzierung erfolgt aber nicht nur in Bereichen, die explizit als solche ausgewiesen werden, sondern auch in Feldern sogenannter „Dual-Use- Güter“, die sowohl für militärische als auch für zivile Zwecke eingesetzt werden können. Auch damit muss sich Rüstungskontrolle befassen.

Damit öffentliche Forschungseinrichtungen, Hochschulen und ihre Institute nicht einem Zwang ausgesetzt sind, auch militärisch verwendbare Technologien zu entwickeln, setzt ver.di sich dafür ein, dass sie ausreichend mit öffentlichen Geldern ausgestattet werden, so dass sie nicht auf Drittmittel angewiesen sind. Sie müssen insbesondere das Recht und die Möglichkeit haben, Drittmittelforschung, die der Rüstung dient, ablehnen zu können. Dazu gehört auch

die institutionelle Verankerung einer Friedensbindung, wonach Forschung und Lehre auf ausschließlich friedliche und zivile Zwecke zu beschränken sind (Zivilklausel).

ver.di setzt sich dafür ein, dass Zwecke der Forschung der Öffentlichkeit transparent gemacht werden.

ver.di setzt sich dafür ein, dass es weder eine Forschung geben darf, die autonome Waffensysteme (mit „Künstlicher Intelligenz“) entwickelt, noch dass ein Einsatz solcher Systeme durch die Bundeswehr erfolgt, sollten andere sie entwickelt haben.

Mit der Aussetzung der Wehrpflicht hat die Bundeswehr sich zu wandeln begonnen. Sie muss ihren Nachwuchs selbständig rekrutieren und konkurriert dabei hinsichtlich Arbeitsmarktentwicklung und demografischem Wandel mit der privaten Wirtschaft. Entsprechend hat sich ihr Auftreten über öffentliche Werbung wie auch ihr Engagement an Schulen, Berufsschulen und Hochschulen verändert.

ver.di fordert eine inhaltliche Auseinandersetzung mit der gewandelten Rolle der Bundeswehr und tritt dafür ein, dass an der Rolle der Bundeswehr als Parlamentsarmee festgehalten wird. Der Soldat*innenberuf ist kein Beruf wie jeder andere, deshalb braucht es eine besondere Sensibilität in der Bewerbung und öffentlichen Darstellung der Bundeswehr. Eine Werbung der Bundeswehr an Schulen lehnt ver.di ab.

Die Bundeswehr hat ihre legitime Aufgabe als Verteidigungsarmee, denn der Staat hat die Aufgabe, das Leben aller Menschen innerhalb seiner Grenzen und nicht nur das seiner Staatsbürgerinnen und Staatsbürger zu schützen.

ver.di hält daran fest, dass die Frage der Legitimation von Militäreinsätzen nur im Rahmen der UN völkerrechtlich verankert und gemäß dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland einen entsprechenden Parlamentsbeschluss erfordert.

Für Frieden, Abrüstung und eine Politik der zivilen Konfliktlösung brauchen wir in allen politischen Arenen ein deutlich stärkeres Engagement, global und umfassend, von zivilgesellschaftlichen Organisationen und Bewegungen, die sich dem sozialen und ökologischen Fortschritt, der Verteidigung der Menschenrechte und politischen Freiheitsrechte widmen. ver.di wird sich im Rahmen der deutschen wie der europäischen und internationalen Gewerkschaftsbewegung und der Friedensbewegung in unserem Land weiterhin daran beteiligen.

Der Einsatz für Frieden und eine gerechte Weltordnung mit den Vereinten Nationen als zentralem Akteur bleibt für ver.di dauerhafte Verpflichtung.